

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 10.01.2017**

um 17:05 Uhr bis 19:05 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Stellvertretender Vorsitz

Herr Kurt-Peter Friese

Ratsmitglieder

Frau Dr. Stefanie Bluth

Herr Mathias Heidtmann

Frau Katharina Elisabeth Keil

Herr Sebastian Thiel

Herr Peter-Edmund Uibel

Frau Jutta Velte

Vertretung für Frau Velte

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Chudzinski

Herr Wolfgang Klubertz

Herr Torsten Steiner

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Stephan Weber

Frau Jutta Wilke

Vertretung für Herrn Schwandt

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Lars Jochimsen

Schriftführer/in

Frau Birgit Mendryscha

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2016 |
| 3 | | Umsetzung der Baumschutz-Satzung
mündlicher Vortrag durch Herrn Berger |
| 4 | | Grünbilanzierung im Stadtgebiet Remscheid
Präsentation von Herrn Wolff |
| 5 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäfts-
ordnung |
| 5.1 | 15/2877 | Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen - An-
frage der FDP-Ratsgruppe |
| 5.1.1 | 15/3107 | Antwort auf die Anfrage der FDP-Gruppe zum Thema Förderung des
Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen |
| 5.2 | 15/3001 | Die grüne Hausnummer - Auszeichnung für umweltfreundliches Bauen
und Wohnen
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.11.2016 zur Sitzung des Ausschusses
für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.12.2016 |
| 6 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | 15/2967 | Unterbringungs-, Sicherheits- und Gewaltschutzkonzept der Stadt Rem-
scheid für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen |
| 7 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung be-
schlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb
der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | 15/3012 | Angsträume bekämpfen - Sicherheit stärken
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2016 zur Sitzung des Ausschusses
für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.12.2016 |
| 10 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |
| 10.1 | | Sicherheitskonzept Karneval
Anfrage von Frau Kreimendahl |
| 10.2 | | Mobiles Bürgerbüro
Anfrage von Frau Kreimendahl |
| 10.3 | | Schäden durch Wildschweine in privaten Gärten in Westhausen
Anfrage von Herrn Thiel |

- 10.4** Bepflanzung der Straßenseitenränder und kleineren Beete
Anfrage von Herrn Chudzinski
- 11** 15/2999 BP Nr. 668 – Gebiet: Am Schützenplatz
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 668 (gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13a BauGB)
 2. Beschluss über die Durchführung der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)
 3. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)
- 12** 15/3066 Maßnahmenprogramm des European Energy Awards
- 13** Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2017
Mitteilung von Frau Reul-Nocke

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl fragt unter Bezugnahme auf die Tischvorlage an, ob die Tagesordnungspunkte

- 5.1 – Ds.-Nr.. 15/2877, Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen – Anfrage der FDP-Ratsgruppe – und
- 5.1.1 – 15/3107, Antwort auf die Anfrage der FDP-Ratsgruppe zum Thema Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen –

als eingebracht betrachtet und in der nächsten Sitzung behandelt werden sollen.

Herr Chudzinski ist als Antragsteller mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Frau Kreimendahl teilt weiterhin mit, dass der Tagesordnungspunkt 13 – Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2017 – von der Verwaltung zurückgezogen wurde, da noch Abstimmungsbedarf besteht.

Es werden keine weiteren Änderungen der Tagesordnung gewünscht.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt

- die Tagesordnungspunkte
 1. 5.1 – Ds.-Nr.. 15/2877, Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen – Anfrage der FDP-Ratsgruppe – und
 2. 5.1.1 – 15/3107, Antwort auf die Anfrage der FDP-Ratsgruppe zum Thema Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen – als eingebracht zu betrachten und in der nächsten Sitzung zu behandeln
- sowie TOP 13 von der Tagesordnung abzusetzen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2016

Die Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2016 wird in der vorgelegten Form einstimmig bestätigt.

3. Umsetzung der Baumschutz-Satzung mündlicher Vortrag durch Herrn Berger

Herr Markus Berger, 35 Jahre alt und gebürtiger Lennep, stellt sich zunächst vor. Nach dem Abitur und der Bundeswehr war er zunächst als Baumschulgärtner sowie 1 Jahr in der Friedhofsgärtnerei Lennep tätig. Nach dem anschließenden Gartenbaustudium an der Uni Osnabrück arbeitete er 3 Jahre bei einer Baumpflegefirma. Es folgte eine Ausbildung zum Baumkontrolleur und eine 2-jährige Anstellung bei der Stadt Köln. Seit nunmehr 2 Jahren ist er im FD Umwelt bei der Stadt Remscheid und hier in der Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege tätig.

Herr Berger – FD Umwelt – stellt die Aufgaben nach der Baumschutz-Satzung und die Arten und Weisen der Umsetzung vor – siehe hierzu auch die als PDF an die Fraktionsstellen versandte Power Point-Präsentation.

Auf Anfrage von Frau Kreimendahl bestätigen Herr Putz und Herr Berger, dass in 2015 159 Anträge zur Baumentfernung bzw. –einkürzung gestellt und 409 Bäume entfernt wurden. Baumeinkürzungen werden bei erkrankten Bäumen zum Baumerhalt durchgeführt, die Genehmigung zur Kürzung wird einmalig erteilt und gilt dauerhaft.

Herr Berger bestätigt, dass die Entfernungen nicht vollständig durch Neupflanzungen ersetzt werden können und für erkrankte Bäume eine Ersatzpflicht nicht besteht. Es wurden 237 Ersatzpflanzungen gefordert und auch bereits realisiert.

Es stehen gesamt 105.000,- Euro für Ersatzpflanzungen zur Verfügung (Kosten pro Baum ca. 500,-); sobald der durch Langzeiterkrankung entstandene personelle Engpass behoben ist, werden Ersatzpflanzungen vermehrt realisiert.

Auf Anfrage von Frau Kreimendahl teilt Herr Berger mit, dass auf Grundlage der GALK-Liste Baumarten für Ersatzpflanzungen ausgesucht werden, die unter die Remscheider Baumschutz-Satzung fallen.

In Beantwortung der Anfrage von Frau Velte erklärt Herr Berger, dass auf Nachfrage auch bei Ersatzpflanzungen auf privaten Grundstücken beraten wird; eine Kontrolle bez. der Realisierung erfolgt ebenso wie eine Gesamterfassung privater Pflanzungen nicht. Reguläre städt. Ersatzpflanzungen werden EDV-technisch erfasst und entsprechend als unterschutzstehend ausgewiesen.

Auf Anfrage von Herrn Uibel teilt Herr Berger mit, dass stadtbildprägende Bäume, die nicht unter Schutz stehen, bei Entfernung nicht ersetzt werden.

Frau Kreimendahl erkundigt sich, in wie fern eine regelmäßige Zustandskontrolle für die Bäume im Stadtgebiet erfolgt.

Herr Berger führt aus, dass die städtischen Bäume von der TBR überprüft und notwendige Maßnahmen veranlasst werden; für die Kontrolle der auf privaten Grundstücken stehenden

Bäume sind die Eigentümer selbst verantwortlich, sofern kein Antrag zur Baumfällung eingereicht wurde.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Grünbilanzierung im Stadtgebiet Remscheid Präsentation von Herrn Wolff

Herr Wolff stellt das Grünkonzept für das Stadtgebiet Remscheid - erstellt durch TBR und Hochschule Ostwestfalen-Lippe (Höxter), Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltplanung – vor – siehe hierzu auch **Anlage 1** der Niederschrift.

Er berichtet, dass Remscheid gemäß einer in 2016 durchgeführten Erhebung hinsichtlich der grünsten Großstädte Deutschlands mit 79,8 % Grünanteil bezogen auf die Stadtgebietsfläche auf Platz 16 vor Solingen (Platz 22) und Wuppertal (Platz 25) liegt.

Um am Landesförderungsprogramm EFRE teil zu nehmen muss ein integriertes Handlungskonzept entwickelt werden. Zu diesem Zweck erfolgt derzeit mittels eines speziellen Messverfahrens eine Gesamterfassung mit dem Ziel darauf aufbauend Veränderungen im Bestand darstellen zu können. Erste Erkenntnisse werden voraussichtlich bereits im Frühjahr 2017 vorliegen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

5.1. Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen - Anfrage der FDP-Ratsgruppe Vorlage: 15/2877

Siehe hierzu Tagesordnungspunkt 1

**5.1.1. Antwort auf die Anfrage der FDP-Gruppe zum Thema Förderung des Engagements in den örtlichen Hilfsorganisationen
Vorlage: 15/3107**

Siehe hierzu Tagesordnungspunkt 1

**5.2. Die grüne Hausnummer - Auszeichnung für umweltfreundliches Bauen und Wohnen
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.11.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.12.2016
Vorlage: 15/3001**

Herr Putz führt aus, dass der FD 3.31 – Umwelt – bereits an verschiedenen ähnlichen Programmen beteiligt ist und diese priorisiert fortführen will; er verweist u. a. auf das Maßnahmenprogramm des European Energy Awards. Aus Gründen der Personalkapazität können neue Maßnahmen erst nach Abschluss der laufenden Verfahren in Angriff genommen werden. Herr Putz wird die Anregung dennoch mitnehmen.

Frau Kreimendahl spricht sich in diesem Sinne dafür aus, laufende Verfahren zunächst zu beenden und die Angelegenheit seitens des Ausschusses zu gegebener Zeit erneut aufzugreifen.

Frau Velte regt an, die Maßnahme im Rahmen der Klimaallianz zur Sprache zu bringen. Entsprechendes wird von Herrn Putz zugesagt.

Die ebenfalls von Frau Velte nachgefragte Gesamtliste über erfolgte Auszeichnungen für umweltfreundliches Handeln kann aus personellen und arbeitstechnischen Gründen nicht zugesagt werden.

Abschließend bittet Frau Kreimendahl darum, dass die neue Klimaschutzmanagerin, Frau Schulte, die ihren Dienst zwz. ebenfalls aufgenommen hat, sich und Ihr Konzept in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 28.02.2017 vorstellt.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**6.1. Unterbringungs-, Sicherheits- und Gewaltschutzkonzept der Stadt Remscheid für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
Vorlage: 15/2967**

Auf Anfrage von Herrn Uibel führt Frau Krein aus, dass die BAF seit 1996 als Vertragspartner der Stadt Remscheid Dienstleistungen erbringt. Der Stellenplan des Vereins wird kontinuierlich den Erfordernissen angepasst. Der Stellenbedarf wird grundsätzlich mit der Stadt Remscheid abgestimmt.

Frau Reul-Nocke ergänzt, dass regelmäßig Mitarbeitergespräche zwischen BAF e. V. und dem zuständigen Fachdienst der Stadt Remscheid stattfinden.

Auf Anfrage von Herrn Steiner erläutert Frau Krein, dass das Hausmeisterpersonal sowohl handwerkliche Grundkenntnisse als auch eine hohe soziale Kompetenz haben muss, um Konflikte zu erkennen und Fachleute rechtzeitig hinzuziehen zu können.

Herr Uibel regt an, die Vorlage auch dem JHA und dem ASGW zur Kenntnis zu bringen. Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anregung auf und bittet die Verwaltung Entsprechendes zu veranlassen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen im Übrigen zur Kenntnis.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb

der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

9.1. Angsträume bekämpfen - Sicherheit stärken Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2016 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 12.12.2016 Vorlage: 15/3012

Herr Heidtmann erläutert den Antrag und bittet die Verwaltung abschließend, in Verhandlungen mit der Polizei einzutreten, um eine Kooperationsvereinbarung für regelmäßige gemeinsame Streifen zu treffen.

Frau Reul-Nocke erklärt, dass die ab dem 28.10.2016 durchgeführten gemeinsamen Streifen in der Bürgerschaft eine gute Resonanz gebracht haben. Eine rechtliche Bindung wird seitens der Polizeibehörde jedoch nicht möglich sein, da polizeilich notwendige Einsätze den Streifeneinsätzen vorgehen.

Herr Beckmann ergänzt, dass seit Oktober 2016 23 Streifengänge erfolgt sind, wobei diese Terminplanungen vorbehaltlich der polizeilichen Einsatzlage festgelegt wurden. Geplant ist zudem, dass die Azubis des KOD auch bei Einsatzfahrten der Polizei mitfahren. Es existieren bereits z. T. Vereinbarungen, weitere Vereinbarungen könnten zunächst zurückgestellt werden.

In diesem Zusammenhang erklärt Frau Reul-Nocke, dass angestrebt ist, die Ordnungspartnerschaften wieder aufleben zu lassen, um die Kooperationen mit allen Sicherheitsorganisationen zu verfestigen und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Hier sollten die ersten Erfahrungsergebnisse, die Ende des 1. Halbjahres 2017 vorliegen werden, abgewartet werden. Eine Absprache über eine konkrete Kooperation zur dauerhaften Sicherung der Streifengänge könnte hier ebenfalls thematisiert werden.

Herr Thiel regt an, eine übergreifende Kooperationsvereinbarung mit allen beteiligten Sicherheitsorganisationen zu schließen.

Frau Velte ergänzt, dass die Verwaltung zunächst ein umfassendes Gesamtkonzept mit Betrachtung sämtlicher Aspekte entwickeln sollte, um auf dieser Grundlage politisch über den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zu beraten und zu entscheiden.

Herr Heidtmann und Frau Kreimendahl bestätigen, dass auch sie ein Gesamtkonzept unterstützen und für zwingend notwendig halten. Unabhängig davon sollte die Absichtserklärung einer Kooperationsvereinbarung über gemeinsame Streifengänge vorgezogen eingeholt werden, um ein funktionierendes Teilelement zu manifestieren.

Auf Anfrage von Herrn Chudzinski berichtet Frau Reul-Nocke, dass Streifengänge z. Z. zwischen 17.00 Uhr und 20.00 Uhr stattfinden, um die Sicherheit während der Dunkelheit zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der zuständigen Polizeibehörde eine Absichtserklärung abzugeben, um dauerhaft gemeinsame Streifengänge von KOD und Polizei zu gewährleisten.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**10.1. Sicherheitskonzept Karneval
Anfrage von Frau Kreimendahl**

Frau Kreimendahl erkundigt sich nach dem Sicherheitskonzept der Stadt Remscheid während der Karnevalszeit.

Frau Reul-Nocke führt hierzu aus, dass bisher keine Notwendigkeit gesehen wird, erhöhte Anforderungen an die üblichen Sicherheitsmaßnahmen zu stellen. Am 14.01.2017 findet die abschließende Feinabstimmung mit dem Veranstalter und allen anderen Beteiligten statt mit der Möglichkeit zur Nachjustierung.

Herr Beckmann ergänzt, dass absehbar ist, dass ein Konsens gefunden wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**10.2. Mobiles Bürgerbüro
Anfrage von Frau Kreimendahl**

Frau Kreimendahl nimmt Bezug auf die gelungene Einrichtung eines Mobilen Bürgerbüros bei der Stadt Wermelskirchen und fragt an, ob beabsichtigt ist, das Thema auch in Remscheid erneut aufzugreifen.

Frau Reul-Nocke wird über den aktuellen Sachstand in der nächsten Sitzung des Ausschusses berichten.

10.3. Schäden durch Wildschweine in privaten Gärten in Westhausen Anfrage von Herrn Thiel

Herr Thiel berichtet, dass sich in jüngster Zeit vermehrt Anwohner der Ortschaft Westhausen darüber beschwert haben, dass Wildschweine vermehrt Schäden in ihren Gärten verursachen und erkundigt sich nach möglichen Maßnahmen seitens der Verwaltung.

Herr Wolff – TBR – wird gebeten, die Angelegenheit zu prüfen und eine schriftliche Antwort als **Anlage 2** zum Protokoll einzureichen.

10.4. Bepflanzung der Straßenseitenränder und kleineren Beete Anfrage von Herrn Chudzinski

Herr Chudzinski fragt an, ob in 2017 erneut vorgesehen ist, die Straßenseitenränder und kleineren Beete wie im letzten Jahr mit blühenden Blumen zu bepflanzen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung bittet auch hier die TBR, eine kurze schriftliche Stellungnahme als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Anmerkung:

Herr Zirngiebl teilte Folgendes mitgeteilt:

Auch in diesem Jahr sollen wieder Blumenwiesen im Rahmen der Straßenbegleitgrüns entstehen. Neben den schon aus dem vergangenen Jahr bekannten Flächen sollen weitere Flächen bepflanzt werden. Die TBR hoffen, dass ihnen auch in diesem Jahr das Wetter bei dieser Aktion hold ist.

11. BP Nr. 668 – Gebiet: Am Schützenplatz

- 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 668
(gem. §§ 2 BauGB i.V.m. 13a BauGB)**
- 2. Beschluss über die Durchführung der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)**
- 3. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2))**

**und 13 (2) BauGB)
Vorlage: 15/2999**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die im Folgenden aufgeführte Beschlussfassung durch den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss am 13.12.2016 zur Kenntnis:

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 668 gemäß §§ 2 (1) i.V.m. 13a BauGB

Für den Bebauungsplan Nr. 668 Gebiet: Am Schützenplatz wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 668 erfolgt im beschleunigten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplanes sollen folgende städtebaulichen Ziele festgeschrieben werden:

Der Bebauungsplan Nr. 668 soll die planungsrechtliche Grundlage für die Realisierung eines Allgemeinen Wohngebietes sein.

Ortsüblich bekannt gemacht werden soll:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 668 gemäß § 2 (1) BauGB,
- Der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 668 gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- Das nach § 2 der Bekanntmachungsverordnung NRW verfahren worden ist.

2. Beschluss über die Durchführung der frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gem. §§ 3 (1) BauGB i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)

Die Bezirksvertretung Lüttringhausen beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

3. Beschluss über die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und verwaltungsinterne Abstimmung (gem. §§ 4 (1) i.V.m. 13a (2) und 13 (2) BauGB)

Parallel zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und die verwaltungsinterne Abstimmung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**12. Maßnahmenprogramm des European Energy Awards
Vorlage: 15/3066**

Herr Uibel bittet um zeitnahe Umsetzung und Berichterstattung durch die Klimaschutzmanagerin.

Ja 13 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss und dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung:

1. Der Rat beschließt das eea-Maßnahmenprogramm für den Projektzeitraum 2016/2017.
- 2.
3. Der Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss beschließt die Fortschreibung des Umsetzungsfahrplans für den Arbeitsbereich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

**13. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2017
Mitteilung von Frau Reul-Nocke**

Siehe hierzu auch TOP 1

Frau Reul-Nocke teilt mit, dass vorgesehen ist, für die in Alt-Remscheid, Lennep und Lüttringhausen geplanten verkaufsoffenen Sonntage 3 eigene Satzungen zu erlassen, um unter Zugrundelegung der Rechtsprechung zielgenaue Einzelfallregelungen zu treffen. Vor Einbringung der Vorlagen ins politische Verfahren wird Herr OB Mast-Weisz aus Gründen der Rechtssicherheit eine Abstimmung mit Verdi herbeiführen.

Aus terminlichen Gründen wird der verkaufsoffene Sonntag in Alt-Remscheid durch den Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss beschlossen werden müssen und dem Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung ausnahmsweise nachträglich zur Kenntnis gebracht werden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzender

Birgit Mendryscha
Schriftführer/in